



**"RECHTSEXTREMISMUS 2018 SYSTEMATISCH ERFASSEN,
IDENTIFIZIEREN UND UNSCHÄDLICH MACHEN"**

„Zentrum für politische Schönheit“ ruft zur Jagd auf Andersdenkende auf

Von CANTALOOP | Das „Zentrum für politische Schönheit“ aus Chemnitz macht wieder einmal von sich reden.

Diese selbsternannten „Aktivisten“ und „Menschenretter“ rufen in ihrer neuesten Aktion offen dazu auf, demonstrierende „Neo-Nazis“, oder vielmehr alle, die man dafür hält, bei ihrem Arbeitgeber anzuschwärzen – und ihnen somit die bürgerliche Existenz zu entziehen.

Auch wenn bekannt ist, dass Polemik und Überzeichnung ein weitverbreitetes Stilmittel in der Rhetorik darstellen, so sind in diesen vollkommen unverhältnismäßigen Affronts gegen rechtmäßige Demonstranten alle Grenzen überschritten worden.

Philipp Ruch „Aktionskünstler“

Um wieder ins Rampenlicht zu rücken, haben die linken Fanatiker mit dem zweifelhaften Rechtsverständnis um ihren

geltungssüchtigen Frontmann [Philipp Ruch](#) nach diversen Handlungen in der Vergangenheit, die den guten Geschmack bei weitem überschritten haben, nun erneut eine Streitschrift herausgegeben, die es in sich hat.

Zitat Tagesspiegel:

Tausende Arbeitnehmer oder Staatsdiener hätten Ausländer durch Chemnitz gejagt, die Presse attackiert und Hitler begrüßt, heißt es auf der Internetseite. Deshalb habe die selbsternannte Soko drei Millionen Bilder von 7.000 Verdächtigen ausgewertet. Das Ziel sei es, „den Rechtsextremismus 2018 systematisch erfassen, identifizieren und unschädlich machen.“ Schließlich folgt der Aufruf: „Denunzieren Sie noch heute Ihren Arbeitskollegen, Nachbarn oder Bekannten und kassieren Sie Sofort-Bargeld. Helfen Sie uns, die entsprechenden Problemdeutschen aus der Wirtschaft und dem öffentlichen Dienst zu entfernen.“ Für sachdienliche Hinweise wird auch eine Telefonnummer angegeben – die der Polizei in Chemnitz.

Wer „rechtsextrem“ ist, bestimmen also fortan hinterhältige Bespitzelungs-Fanatiker, die in ihrer Hybris vor nicht allzu langer Zeit noch Gräber vor dem Reichstag aushoben und „Mahnmale“ vor den Häusern von unbescholtenen AfD-Politikern aufstellten. Wer gegen alle Realitäten behauptet, dass deutsche Bürger, die nichts anderes tun, als ihr gesetzlich legitimes Demonstrationsrecht wahrzunehmen, zu Tausenden „Ausländer gejagt“ und arabische sowie jüdische Geschäfte angegriffen und geplündert hätten, sollte wohl selbst einmal von der Justiz überprüft werden.

Wer Straftäter ist, legen nun linke NGOs im Alleingang fest

Weiterhin sind im diesem veröffentlichten [Pamphlet der „Soko Chemnitz“](#) Bilder von Personen abgebildet, die offen und unverblümt als „Straftäter“ bezeichnet werden. Ohne eine

weitere Legitimation oder vorherige Überprüfung irgendwelcher Behörden wohl gemerkt. Gleichwohl werden auch Belohnungen auf die erfolgreiche Denunziation und sinnbildliche „Vernichtung“ der Abgebildeten ausgelobt. Ob dies noch einer gültigen Rechtslage entspricht, ist mehr als fraglich.

Das Ganze geht natürlich auch anonym – ganz im Stil und Tradition der Stasi.

Zugleich wird Unternehmen ein besonderer Service angeboten. „Sie wollen jemanden damit beauftragen, einen antidemokratischen Feigling aus Ihrem Unternehmen zu werfen? Stellen Sie einfach eine Vollmacht zur gerichtsfesten Entlassung aus“, heißt es auf der Internetseite. Zudem gibt es Musterschreiben für eine „wasserdichte Kündigung für einen Hitler-Bewunderer“. Zudem können Unternehmen ihre Bewerber durch die „Soko Chemnitz“ prüfen lassen, ob sie bei den Ausschreitungen dabei waren.

Das teuflische Unrechtssystem der untergegangenen DDR feiert fröhliche Urständ

Ganz offenbar wittern sämtliche linksextreme NGOs aktuell Morgenluft, schüren ihrer Natur entsprechend ein Angstklima und versuchen sich im erfolgreichen Schikanieren der Bevölkerung selbst zu übertreffen. Nachdem die diabolische Kahane-Organisation dazu aufruft, dass Kita-Kinder und deren Eltern fortan auf die korrekte Gesinnung hin überprüft werden müssen und auch sämtliche Kritik am designierten Migrationspakt zukünftig verboten werden soll, nicht weiter verwunderlich.

Alldiweil man die Verbrechen von „Flüchtlingen“ an Einheimischen nicht mehr unter Kontrolle zu bekommen scheint, werden von linker Seite offenbar die „Zügel weiter angezogen“, um das Volk ruhig zu stellen.

Dass solche Überprüfungs- und Überwachungs-Phantasien jedoch

stark in Richtung totalitärer Staat tendieren, scheint den Großteil der deutschen Restbevölkerung immer noch nicht übermäßig zu beunruhigen. Bei allem Respekt gegenüber den Ostdeutschen; die heimtückischsten Hassfratzen aus ihrer sozialistischen Unterdrückungszeit sind im linkstransformierten „Gesamtdeutschland“ gesellschaftlich wieder salonfähig geworden – und platzen fast vor Kraft und Sendungsbewusstsein.

Es ist offenbar nur noch eine Frage der Zeit, bis politisch missliebige Personen von ihnen wieder vorsorglich inhaftiert werden.